



Hauptausschuss

16. Sitzung (öffentlich)

25. Oktober 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.40 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenograf: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1400

1

Der Ausschuss führt zu den ihn tangierenden Teilen des Haushaltsplanentwurfs - Einzelplan 01, Einzelplan 02 und Kapitel 15 081 - eine zweite Beratungsrunde durch. Die abschließende Beratung und Abstimmung sind für den 29. November vorgesehen.

- 2 Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz und die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz vom 14./21. Dezember 1995 (Änderungsstaatsvertrag zur Rheinischen Provinzial-Versicherung)**

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 13/1643
Vorlage 13/965

Der Ausschuss stimmt dem Staatsvertrag einstimmig zu.

(Kein Diskussionsprotokoll)

- 3 Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik - Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/713
Vorlage 13/652

13

Der Ausschuss nimmt den Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen bei Stimmenthaltung von CDU und FDP an.

- 4 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Aufnahme von Kinderrechten**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/472
Vorlage 13/618
Zuschriften 13/898, 13/912, 13/924, 13/943, 13/944

Auf Bitten der FDP-Fraktion vertagt der Ausschuss die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes.

(Kein Diskussionsprotokoll)

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/322

Vorlage 13/213

Zuschriften 13/594, 13/599, 13/609 - Neudruck

15

Auf Bitten der SPD-Fraktion vertagt der Ausschuss die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NRW)

Gesetzentwurf

der Fraktion der FDP

Drucksache 13/1520

-

Auf Anregung des Vorsitzenden bittet der Ausschuss die Obleute, die nach Umfrage bei den mitberatenden Ausschüssen 19 Experten umfassende Liste der Anzuhörenden zahlenmäßig einem Expertengespräch, wie dies in der letzten Sitzung des Hauptausschusses vereinbart worden ist, anzupassen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**Berichtigung des Protokolls über die 15. Sitzung
am 27.09.2001 - APr 13/374**

16

Ergebnis siehe Beschlussteil, Seite II.

Zu Tagesordnungspunkt 4 - Stichwort "Kinderrechte" - siehe Beschlussteil, Seite II.

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/322

Vorlage 13/213

Zuschriften 13/594, 13/599, 13/609 - Neudruck

Der **Ausschuss** kommt auf Bitten der SPD-Fraktion einvernehmlich überein, die Behandlung dieses Punktes zu vertagen.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) erinnert daran, dass im Rahmen der bisherigen Behandlung des Gesetzentwurfs seiner Fraktion vonseiten der SPD-Fraktion eine grundlegendere Betrachtung des Gesetzes im Hinblick auf Veränderungen angeregt worden sei. In dieser Hinsicht hätten die Experten in der durchgeführten Anhörung einige Vorschläge zur Debatte gestellt. Deshalb frage er, ob man diese nicht im Vorfeld der nächsten Beratung interfraktionell besprechen sollte.

Vorsitzender Edgar Moron würde dies begrüßen.

Zu Tagesordnungspunkt 6 - Stichwort "Feiertagsgesetz" - siehe Beschlussteil, Seite III.